



HESSISCHER LANDTAG

27. 08. 2024

DDA

Dringlicher Berichts Antrag **Fraktion der Freien Demokraten** **Zukunft der HZD**

Die Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) beschäftigt rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Standorten Wiesbaden und Hünfeld und ist der zentrale IT-Dienstleister für hessische Behörden und Ministerien. Hinzu kommen weitere 1.400 externe Beschäftigte, die für die HZD Tätigkeiten und Dienstleistungen erbringen. Zu den Hauptkunden zählen die Polizei, das Finanzministerium und das Justizministerium. Das breite Leistungsspektrum der HZD umfasst den Betrieb und Service für die IT-Infrastruktur (z. B. Hessen-PCs), die Entwicklung innovativer IT-Lösungen sowie die Beratung aller Landesressorts in Fragen der Informationssicherheit.

Die geplante Überführung der HZD vom Geschäftsbereich des Finanzministers in das neu geschaffene Ministerium für Digitalisierung und Innovation ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Art und Weise der Umstrukturierung, insbesondere die beabsichtigte Aufteilung, führt jedoch zu erheblicher Verunsicherung der Beschäftigten.

Etwa 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HZD haben eine Petition unterzeichnet, in der sie sich gegen die geplante Umstrukturierung aussprechen. Ihre Hauptbedenken umfassen eine mögliche Erschwerung der Arbeit, erhebliche Kostensteigerungen und potentielle Sicherheitsrisiken, insbesondere im Bereich der Cybersicherheit. Die Petenten fordern, die organisatorische Einheit der HZD zu bewahren, entweder durch einen Verbleib im Finanzministerium oder durch die Umwandlung in eine eigenständige juristische Person des öffentlichen Rechts. Ein zentraler Kritikpunkt ist insbesondere der als unrealistisch empfundene Zeitplan für die Umsetzung. Die Beschäftigten argumentieren, dass eine so komplexe Umstrukturierung einen deutlich längeren und strategisch durchdachten Transformationsprozess erfordere. Zudem wird befürchtet, dass etwa 150 zusätzliche Stellen geschaffen werden müssten, was zu geschätzten Mehrkosten von 17,4 Millionen Euro jährlich führen könnte. Diese zusätzlichen Ausgaben und die mögliche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung sind weitere Gründe für die Kritik.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Digitales, Innovation und Datenschutz (DDA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche externen Beratungsunternehmen waren im Rahmen der Planungen zur Umorganisation der HZD beteiligt?
2. Auf Grund welcher Kriterien wurden die Beratungsunternehmen ausgewählt?
3. Wie hoch werden die Kosten für die Beratung und Begleitung für externe Dienstleister im Rahmen der Umstrukturierung voraussichtlich sein?
4. Wie viele Mittel (in Euro), die für die Beratung und Begleitung des Umstrukturierungsprozesses vorgesehen sind, sind bisher bereits abgeflossen bzw. gebunden?
5. Wie hoch sind die geschätzten Gesamtkosten der Umstrukturierung, aufgeschlüsselt nach Personal-, Sach- und IT-Kosten?
6. Welche konkreten Einsparungen werden durch die Umstrukturierung erwartet (in welchem Zeitrahmen)?
7. Zu welchen konkreten Ergebnissen kam die Kosten-Nutzen-Analyse, die der Umstrukturierung vorausging?

8. Welche Abteilungen sollen künftig im Digitalministerium und welche weiterhin im Finanzministerium angesiedelt sein?
9. Wie soll sichergestellt werden, dass die Querschnitts- und Systemleistungen der Abteilung K (Kundenmanagement, einschließlich IT-Fortbildung, Architektur- und Innovationsmanagement), der Abteilung R (Rechenzentrum), der Abteilung P (Produkte) und der Abteilung Z (Zentralableitung) den auf Fachanwendungen (Steuerverwaltung, Justiz usw.) fokussierten Bereichen unmittelbar und verlustfrei bereitgestellt werden?
10. Nach welchen Kriterien werden einzelne Abteilungen aufgeteilt?
11. Wie hoch ist der dauerhafte personelle Mehraufwand (in Personalstellen) aufgrund der Umstrukturierung gegenüber der bisherigen Organisation unter einem Dach?
12. Wie werden die Abteilungen und Referate künftig auf die Standorte der HZD in Wiesbaden und Hünfeld aufgeteilt?
13. Wie hoch sind die Kosten für mögliche Standortverlagerungen oder -anpassungen im Rahmen der Umstrukturierung, insbesondere mit Blick auf die Nutzung zusätzlicher Flächen und Immobilien?
14. Welche Maßnahmen sind geplant, um potentielle Kostensteigerungen während der Umstrukturierung zu kontrollieren und zu minimieren?
15. Wie hoch sind die zu erwarteten Kosten für mögliche Abfindungen oder Versetzungen von Mitarbeitern im Zuge der Umstrukturierung?
16. Welche zusätzlichen IT-Investitionen sind notwendig, um die getrennte Funktionsfähigkeit beider HZD-Teile zu gewährleisten?
17. Auf welcher konkreten Datengrundlage wurde die Entscheidung zur Aufteilung der HZD zwischen HMdF und HMD getroffen?
18. Wie wurde der spezifische IT-Ressourcenbedarf für die Steuerverwaltung im Vergleich zu anderen Landesbehörden quantifiziert, um die Aufteilung des Rechenzentrums zu rechtfertigen?
19. Ist es zutreffend, dass etwa 75 Prozent aller gehosteten Verfahren nicht dem Bereich der Steuerverwaltung (Abteilung A) zuzurechnen sind?
20. Warum wurden die Rechenzentren nicht dem Geschäftsbereich des Digitalministeriums zugeordnet?
21. Wie lautet die genaue bundesgesetzliche Vorschrift, wonach Informationstechnologie für steuerliche Angelegenheiten zwingend beim Finanzministerium angesiedelt sein müssen?
22. Welche konkreten Aufgaben und Funktionen der HZD fallen unter diese bundesgesetzliche Regelung?
23. Wie groß ist der Anteil dieser Aufgaben im Vergleich zum Gesamtaufgabenspektrum der HZD?
24. Warum ist eine Doppelaufsicht für den Bereich Finanzverwaltung analog anderer Behörden nicht möglich?
25. Wie wird sichergestellt, dass Verfahren, die in Bundeskompetenz betrieben werden, insbesondere Verfahren mit 24/7-Verfügbarkeit und sehr hohen Leistungsanforderungen (z. B. OASIS), auch bei zukünftig fehlender eigener Infrastruktur ihren Auftrag erfüllen können?
26. In welchem Umfang und mit welchen Methoden wurden Mitarbeiter aller Hierarchieebenen in den Entscheidungsprozess einbezogen?
27. Welche Vorschläge der Mitarbeiter wurden oder werden berücksichtigt und welche nicht?

28. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um das Know-how in den technisch komplexen Bereichen mit hohem Anteil an externen Mitarbeitern zu sichern und Wissensverlust zu verhindern?
29. Wie wird die Entscheidung, das gesamte Rechenzentrum beim HMdF zu belassen, obwohl es alle Ressorts bedient, fachlich und wirtschaftlich begründet?
30. Wie sollen Synergieeffekte zwischen den nun getrennten Teilen der HZD in Zukunft identifiziert, genutzt und gemessen werden?
31. Welche detaillierten Pläne gibt es für die zukünftige Nutzung des HZD-Zentralgebäudes?
32. Wie soll sichergestellt werden, dass die HZD-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht beim Finanzministerium verbleiben, weiterhin repräsentative Besprechungsräume, zumindest für den Empfang von Kunden oder Gästen, zur Verfügung haben?
33. Wie soll sichergestellt werden, dass die räumliche Unterbringung der Beschäftigten auch ausreichend Besprechungsräume für mehr als 15 Teilnehmer ermöglicht sowie Dinge wie eine Kantine und Rekreationsräume?
34. In welchen Gebäuden sollen welche Abteilungen im Geschäftsbereich des Digitalministeriums untergebracht werden?
35. Wie werden die Gebäude eingerichtet, um attraktive Arbeitsbedingungen zu ermöglichen?
36. Wie viel Quadratmeter an Büro- und Nutzflächen wurden vor der Umstrukturierung durch die HZD und ihre Dienstleister genutzt?
37. Wie viele Quadratmeter an Büro- und Nutzflächen werden voraussichtlich in Zukunft, nach der Umstrukturierung, durch die HZD und die beim Finanzministerium verbleibenden Einheiten genutzt?
38. Welche Bezeichnung werden die beim Finanzministerium verbleibenden HZD-Bereiche künftig führen?
39. Welche spezifischen Maßnahmen sind vorgesehen, um die IT-Sicherheit und den Datenschutz angesichts der Aufteilung der HZD zu gewährleisten?
40. Wurde die Option der Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts geprüft?
41. Welche spezifischen Leistungskennzahlen (KPIs) wurden definiert, um den Erfolg der Umstrukturierung kurz-, mittel- und langfristig zu messen?
42. Wie will die Landesregierung Verzögerungen laufender Digitalisierungsprojekte aufgrund der Umstrukturierung zu minimieren?
43. Welche Mechanismen sind vorgesehen, um eine faire und transparente Verteilung der Ressourcen (Personal, Budget, Infrastruktur) zwischen den beiden neuen Einheiten zu gewährleisten?
44. Wie plant die Landesregierung, mögliche Kompetenzstreitigkeiten oder Überschneidungen zwischen den beiden neuen HZD-Einheiten zu vermeiden oder zu lösen?
45. In welcher Weise wurden die Pläne zur Umstrukturierung der HZD mit den Ministerien und deren nachgeordneten Bereichen im Detail beraten und abgestimmt?

Wiesbaden, 27. August 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas